NACHRICHTEN DER



30. JAHRGANG - NR. 324

APRIL / OSTERMOND 2008

Kontakt über: Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Vorsitzende: Ursel Müller, Sägewerk 26, 55124 Mainz-Gonsenheim.

ERSCHEINUNGSVERMERK

Die **HNG-NACHRICHTEN** erscheinen monatlich und haben allein die Gefangenenhilfe und Fälle staatlicher Repression zum Gegenstand. Die Ansichten einzelner Autoren und Leserbriefschreiber decken sich nicht immer mit den Ansichten der Schriftleitung und des HNG-Vorstands. Die Schriftleitung behält sich Kürzungen vor, wobei versucht wird, Sinnentstellungen zu vermeiden. Artikel und Briefe mit Namensnennung (auch Kürzel) werden von den Autoren verantwortet. Für irrtümlich abgedruckte Plagiate und unverlangt eingesandte Manuskripte und Beiträge wird keinerlei Verantwortung übernommen. Eine Rücksendung erfolgt nur bei beigefügtem Rückporto und nach Ermessen. **V.i.S.d.P.: Mareike Brauchitsch c/o Ursel Müller, Sägewerk 26, 55124 Mainz-Gonsenheim.**

Die **HNG-NACHRICHTEN** bleiben solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden sind. Eine Zurhabenahme gilt ausdrücklich nicht als Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Im Falle des Anhaltens oder der Nichtaushändigung sind die **HNG-NACHRICHTEN** mit den Gründen der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden. Mitglieder der HNG e.V. erhalten die **HNG-NACHRICHTEN** kostenlos, ausgenommen, sie sind mindestens 6 Monate mit ihrem Monatsbeitrag im Rückstand. Außenstehende können Einzelexemplare zum Preis von 3,— Euro beziehen (Jahresabonnement: 31,— Euro für 12 Ausgaben). Es handelt sich jeweils um Selbstkostenpreise einschließlich Versandkosten. Die **HNG-NACHRICHTEN** sind ebenso wie die HNG e.V. kein kommerzielles Unternehmen. Eventuelle Überschüsse werden für die karitative Arbeit im Sinne der Satzung der HNG e.V. verwendet.

Ein Richter, der für ein bloßes Meinungsdelikt eine langjährige Haftstrafe verhängt, begeht einen unerträglichen Willkürakt und damit Rechtsbeugung ...
... Rechtsbeugung ist schweres Unrecht. Wenn Rechtsbeugung aber zu Freiheitsentzug führt, handelt es sich um schwerstes kriminelles Unrecht!
(Bundesverfassungsgericht, Az. 2 BvR 2560/95)

An unsere Leser!

Die HNG ist bemüht, die Eingriffe des BRD-Regimes in die politischen Grundfreiheiten nationaldenkender Menschen möglichst lückenlos zu dokumentieren. Bekanntermaßen handelt es sich bei Menschenrechtsverletzungen um Verbrechen, die nicht verjähren. Um die Verantwortlichen später einmal zur Rechenschaft ziehen zu können, brauchen wir möglichst viele Informationen zu den hier benannten Vorfällen. Dazu gehören auch die Namen von Staatsanwälten, Einsatzleitern der Polizei oder Richtern, die mit den jeweiligen Vorgängen zu tun haben. Zwar können wir aus Platzgründen leider nicht jeden Fall sofort in den HNG-Nachrichten abdrucken, dennoch wird jede Mitteilung sorgfältig archiviert und gerät nicht in Vergessenheit! Alle Leser sind deshalb nochmals nachdrücklich aufgefordert, die Schriftleitung über entsprechende Vorfälle möglichst umfassend zu informieren.

Bilanz des BRD-Regimes:

108.562 politische Verfahren
wegen Meinungsdelikten
(in den letzten zwölf Jahren!)

Das sind allein 108.562 gute Gründe,
die HNG zu unterstützen!

Unsere Forderung lautet:

**Freiheit für alle
verfolgten Nationalisten!**

Schluß mit der Gesinnungsjustiz!

RUDOLF HESS -
MÄRTYRER DES FRIEDENS



Als Parlamentär hielten sie Dich 46 Jahre lang schlimmer als ein Tier, menschenunwürdig in ihrem Isolationskäfig, brachen ihre eigenen Gesetze – das Völkerrecht!

Kalt läßt die Antimenschen des deutschen Menschen Schicksal. Für sie und Rudolf Hess: Weder Recht noch Menschlichkeit!

Nach 46 Jahren freilassen, wollte Dich der Russe, aber Du wußtest zuviel von den Lügen gegen das Reich. Ermordet haben sie Dich darum. Deine Mörder kamen vom anglo-usraelischen Geheimdienst. Totgeschwiegen wird es von den Democraten. Verleumdet wirst Du. Am meisten von den Verwaltern der - brddr –

Märtyrer des Friedens bist Du – Rudolf Hess – Träger der geschändeten Wahrheit in Deutschland und - überall in der Welt!

GEFANGENENLISTE

-n.G.- = neuer Gefangener, -n.A.- = neue Anschrift

Ernst Zündel	Herzogenried 111,68169 Mannheim
Germar Rudolf	Herzogenried 111, 68169 Mannheim
Eberhard Hefendehl	Markgrafenallee 49, 95448 Bayreuth
Sylvia Stolz	Oberer Fauler Pelz 1, 69117 Heidelberg

Ausland und BRD-Postausland

Aichner Bernd	Karlau, Herrgottwiesgasse 50, A – 8020 Graz
Fröhlich Wolfgang	JVA-Josefs Str./Wickenburggasse 18-22, A – 1082 Wien
Honsik Gerd	JVA-Josefs Str./Wickenburggasse 18-22, A – 1082 Wien
Killen Edgar Ray	#112906, C.M.C.F., Unit 3 Max, PO Box 88550, Pearl MS 39208, USA
Lajoye Michael	#9653-MC-Bat. B, Centre Penitentiaire de Clairvaux, F – 10310 Ville-sous-la-Ferte, Frankreich
Priebke Erich	Associazione Uomo e Libertà, Sg. E. Priebke, Via Cardinal San-Felice N 5, I-00167 Roma
Scutari Richard	34840-080, USP BIG SANDY, U.S. PENITENTIARY, P.O. BOX 2068, INEZ,KY 41224, USA
Trevor Thompson	#114340, D317, W.V.C.F., P.O.BOX 1111, Carlisle, IN 47838, USA
Atkinson, Mark	MP 5528 Atkinson, HMP Moorland, Bawtry Road, Hatfield Woodhouse, Doncaster DN 1 6 BW, England
Ron Bach Shelby	# 547789, Bill Clements Unit, 9601 Spur 591 Amarillo, TX 79107-9606 USA

Briefkontakt wünschen

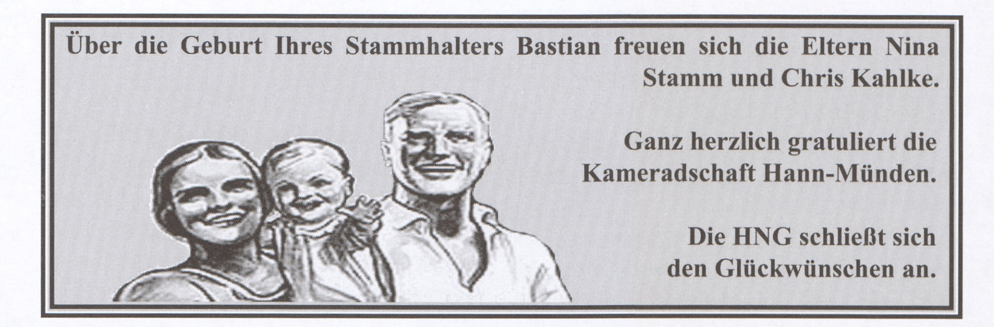
Bannes René	Poststr. 6, 46045 Oberhausen
Breuer Paul	B III, Masurenstr. 28, 42899 Remscheid
Dahl Sebastian	Seidelstraße 39, 13507 Berlin
Diesner Kay	Marliring 41, 23566 Lübeck
Eggler Alexander	Hinsistobel 34, 88215 Ravensburg
Hilprecht Enrico	Anton-Saefkow-Allee 22c, 14772 Brandenburg
Hertz Thorsten	Kolpingstr. 01, 74523 Schwäbisch Hall
Kabisch Glenn	Kirchtor 20, 06118 Halle
Kahlin Sven	Möhlendyck 50, 47608 Geldern
Kreitmair Michael	Abteistr. 10, 86687 Kaisheim

Kolibius Daniel H.II	Anton Saefkow-Allee 22, 14772 Brandenburg
Köper Florian	Werner v. Siemens-Str. 02, 92224 Amberg
Meinelt Matthias	Anton-Saefkow-Allee 22, 14772 Brandenburg
Milde Stefan	Werner von Siemens Str. 02, 92224 Amberg
Ockenga Christian	Cloppenburger Str. 400, 26133 Cloppenburg -n.G.-
Oeltze Oliver	Seidelstr. 39, 13507 Berlin
Ohme Michael	Möhlendyk 50, 47608 Geldern
Päplow Alexander	Am Kaulksee 03, 17235 Neustrelitz
Philippi Christian	Rudolf-Diesel-Str. 15, 67105 Schifferstadt
Putyra Andreas	Alexander Puschkin Str. 07, 99334 Ichterhausen
Romiger Dirk	Schloßstr. 1, 72108 Rottenburg -n.G.-
Rudisch Sascha	Manetstr. 06, 90429 Nürnberg
Ruff Alexander	Steinstr. 21, 74072 Heilbronn
Schillok Lutz	Seidelstraße 39, 13507 Berlin
Schnieder Sascha	Willohstr. 13, 49377 Vechta
Schnieder Patrick	Werner von Siemens Str. 02, 92224 Amberg
Schunke Philipp Marc	Am großen Sieke 8, 37124 Rosdorf/Göttingen
Starotzick Maik	Oststr. 02, 03052 Cottbus-Dissenchen
Spang Christian	Steinstraße 21, 74072 Heilbronn
Tulke Heiko	Nordring 02, 95445 Bayreuth
Uelibins Daniel	Anton-Saefkow-Allee 22, 14772 Brandenburg
Weigel Florian	JVA Oslebshausen, Sonnenstr. 02, 28239 Bremen
Weiß Maik	Neudorfer Weg 1, 03130 Spremberg
Wiese Martin	Markgrafenallee 49, 95448 Bayreuth
Werth Robin	Heidestr. 41, 58640 Iserlohn
Zitzlaff Mario	Bergstr. 5, 25524 Izehoe

An alle „Politisch-Verfolgten-der Democratie“!

Gesinnungsterror, Repressalien und politische Verfolgung gehören längst nicht der „Vergangenheit“ an sondern sind auch „im freiesten Rechtsstaat den es je auf deutschem Boden“ gegebenen haben soll im heutigen brd-Konstrukt allgegenwärtig.

Die HNG hilft und ist gerne bereit euch rechtlichen Beistand zu vermitteln.



BRIEFE AN DEN VORSTAND

Wichtig: *Die hier veröffentlichten Briefe an den HNG-Vorstand geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers bzw. Schriftleiters wieder. Namentlich gekennzeichnete Schreiben werden von den Verfassern verantwortet. Grundsätzlich gelten alle Schreiben an die Schriftleitung als Leserzuschriften, es sei denn, es ist ausdrücklich etwas anderes vereinbart.*

Brief von Michael

Heil Die liebe Ursel!

Habe besten Dank für deine Feldpost, welche mich unbeschadet erreicht hat und zu deren Antwort ich auch nun endlich schreiben möchte.

Natürlich hoffe ich auf euer beider Wohlbefinden und das ihr weiterhin an Leib und Seele nichts zu klagen habt. Mir geht es den Umständen entsprechend gut und an Körper und Geist habe ich auch nichts zu beklagen.

Ich habe die Wahlen in Sachsen verfolgt und mir kommt das kalte Grauen, jetzt kommen sogar die Kommunisten von den Linken in den Landtag. Bei der NPD spekuliert man immer noch über ein Verbot und Leute die das System verurteilen kommen soweit und es wird nichts gemacht.

Anscheinend war die Trennung des deutschen Volkes durch die DDR kein Hindernis diese Roten zu wählen und man kann sehen, daß nicht jeden das Wohlergehen unseres Volkes am Herzen liegt. Es ist zwar traurig, aber jetzt wissen wir zumindest wo wir stehen und das anscheinend alles Antideutsche wichtiger ist als unsere Zukunft.

Auch den Brand von Ludwigshafen habe ich verfolgt und auch die Vorwürfe gegen uns. Jetzt hört man plötzlich nichts mehr und erst recht keine Endschuldigung, weil man festgestellt hat, daß es kein Brandanschlag war.

Ich warte ja nur, bis das nächste mal die Hetzkeule gegen uns geschwungen wird und wir wieder für das Elend in diesem Lande zur Rechenschaft gezogen werden.

So liebe Ursel, für heute schließe ich die Zeilen und freue mich auf baldige Feldpost von Dir.

Habe besten Dank für deine Briefmarken und die Karten. Sag deinem Mann bitte einen stolzen Gruß von mir, danke.

Mit kameradschaftlichen Gruß

- In Treue fest –
Kamerad Michael

Brief von Chris

Hallo Ursel, hallo Kurt

Danke für Eure Grüße, habe mich sehr darüber gefreut.

Hier ist alles beim „alten“ am 8.Februar.08 habe ich meine Anhörung beim Amtsgericht, dort wird entschieden, ob ich schon „resozialisiert“ bin, um in die „sogenannte“ Freiheit entlassen zu werden.

Ich soll Euch Grüße von Kamerad Sascha ausrichten, er hat, was uns ziemlich wundert die HNG-Zeitschrift erhalten, sonst machen diese werten Herren Beamten hier immer ein Geschiß, wenn es um „Nationale Post“ geht, da es die „Resozialisierung“ gefährdet und so einen Mist, muß man sich hier reinziehen, naja wenn die .. das meinen!

Ich möchte euch noch ein herzliches Danke schreiben, da ich – dank Euch – guten Kontakt mit Kameraden, außerhalb von ZOG´s Mauern habe.

In diesem Sinne
Mit nationalen Grüßen
Chris

Alle hier in Heilbronn einsitzenden Kameraden wünschen Euch (Ursel und Kurt) und der gesamten HNG ein erfolgreiches Kampfjahr 2008.

Brief von Oliver

Liebe Ursel, lieber Kurt!

Vielen Dank für Deine treuen Zeilen liebe Ursel, über die ich mich wie immer sehr gefreut habe. Ja wie Du vielleicht schon am Datum meines Briefes entnommen hast, bin ich zur Zeit im Brandenburger Kerker und warte auf meinen Termin als Zeuge. Natürlich geht es dann wieder zurück nach Berlin-Tegel. Ich hatte schon ganz vergessen wie langweilig es hier in Brandenburg sein kann. Aber so habe ich wenigstens etwas Zeit zum lesen. Habe gerade erst von Günter Fraschka „Mit Schwertern und Brillanten“ gelesen und ich fand es soweit ganz gut.

SOLIDARITÄT

Weltweite Organisationen für nationale politische Gefangene:



Frankreich
Collectif d´ Entraide
aux Prisonniers
Europeens (C.E.P.E.)
B.P. 4-7187
F- 30914 NIMES
cedex 2

Spanien
Alternativa Europea
Ap. correos 877
08080 Barcelona

Serbien
SF/RGJ
P. Fah 138
35000 Jagodina

Slowakei
Women f. Aryen Unity
A.Z. PO Box 62
91601 Stara Tura

Neuseeland
Western Destiny
P.O. Box 1627
Parap. Beach

U.S.A.
Thule Publication
PO Box 4542
Portland OR 97208

Australien
Australian R.M.
PO Box 2047
Rockingham WA 6168

Liberty Rights Advocates
PO Box 713
JOHNSTOWN
OH 43031 USA

französisch-amerikanische Gefangenenhilfsgruppe
National Alliance
P.O. Box 90, Hillsboro, WV 24946
www.natall.com

Leider kann ich nicht die guten Bücher von zu Hause lesen, die noch auf mich warten wie z.B. vom großen Dr. „Kampf um Berlin“ oder „Signale...“

So, nun aber zu Deinen Zeilen. Mit Rechtsanwältin Silvia Stolz habe ich mitbekommen. Ich finde es eine Frechheit wie man mit ihr umgeht, nur weil sie etwas geäußert hat was diesen Systemknechten nicht gefallen hat.

Ich hoffe und bin mir zugleich sehr sicher, daß auch diese Herren einst ihre gerechte Strafe dafür erhalten werden. Ich denke mehr brauche ich dazu nicht zu schreiben. Mit großer Freude habe ich den diesjährigen Trauermarsch in Dresden verfolgt. Bis zu 8000 Teilnehmer sind gewiß kein Papenstiel. Selbstverständlich war davon in der Z.O.G.-Presse kaum etwas zu finden bzw. die Teilnehmerzahl wurde sogleich um einige Tausend herunter gelogen.

Jedenfalls finde ich es sehr schön, daß jährlich so viele Volksgenossen an den alliierten Bomben-Holocaust erinnern und auf die Straße gehen. Schließlich versuchen sie uns ja täglich ihre Lügen aufzutischen. Aber ich will mich jetzt nicht zu tief hineinsteigern ansonsten mache ich mich wohl in diesem System noch strafbar.

Des weiteren wurde auch wieder an Horst Wessel gedacht, was mich persönlich sehr freut. Schließlich wurde auch gegen diesen tapferen und ehrenvollen Kameraden, wie Horst Wessel es war, Unterstellungen und Lügen verbreitet. ...

Na gut liebe Ursel, dann werde ich für heute zum Ende kommen. Wünsche Dir und Kurt weiterhin alles Liebe und Gute.

Unsere Ehre ....
Euer Oliver

Brief von Sascha

Sei gegrüßt liebe Ursel!

Ich habe nunmehr mein Urteil erhalten. Das wir hier Post bekommen grenzt manchmal schon an Glückssache. Zur Zeit bekomme ich meine Post, wenn auch etwas verspätet, aber sie kommt. Sie versuchen es jetzt auf einer anderen Schiene und zwar werden keine Kameraden mehr auf mein Stockwerk gelassen was mit meiner Person begründet wird.

Wenn ich mal zur Ärztin muß hieß es schon des öfteren „sie wirken ganz schön bedrohlich. Aber was will man von einer deutschen Frau erwarten die einen Neger zum Mann hat.

Neulich wollte ich über die „Deutsche Stimme“ nationale Musik bestellen da der hiesige „Musiklieferant“ nur Musik für Antideutsche, „weiße“ Neger oder Drogensüchtige besorgen kann. Die Russen haben ihren eigenen Verlag genau so wie die Türken, nur der treue Deutsche kommt mal wieder zu kurz, mit der Begründung das so etwas hier nicht gern gesehen wird...

Schöne Grüße an Kurt und die anderen der HNG

Mit kameradschaftlichem Gruße
Sascha

§§ 94 ff. StPO - 03/2008
Beschlagnahme und Sicherstellung

Immer wieder kommt es vor, daß nach einer aufgehobenen Beschlagnahme nicht alle Gegenstände an den Betroffenen vollständig zurückgegeben werden.

Grundsätzlich hat die beschlagnahmende Behörde alle Gegenstände wieder herauszugeben. Dies geschieht meist so, daß der Betroffene zur Behörde geladen wird und ihm gegen Unterzeichnung eines Übergabeprotokolls die Gegenstände ausgehändigt werden. Aufgrund der Aufregung und auch des Drucks durch die Beamten kommt es dabei leider öfter vor, daß diese Protokolle unterschrieben werden, ohne genau zu prüfen, ob auch alle darauf verzeichneten Gegenstände zurückübergeben wurden. Steht einmal die Unterschrift unter einem solchen „Übergabeverzeichnis", hat man keine Möglichkeit mehr, eine Herausgabe der Gegenstände zu erwirken.

Immer wieder kommt es auch im Rahmen von Polizeikontrollen im Zusammenhang mit politisch unkorrekten Veranstaltungen zu Sicherstellungen von Gegenständen. Häufig werden dabei Tonträger und Druckerzeugnisse sichergestellt. Später bekommen Betroffene bei einem „Verhör" ein Papier vorgelegt, auf dem sie sich mit dem Einzug und der Vernichtung einverstanden erklären. Mündlich wird dabei versichert, daß dann das Ermittlungsverfahren eingestellt werde. Daraufhin unterschreiben die Betroffenen oft, weil sie froh sind, daß die Sache beendet ist. Dies ist ein rechtswidriger „Kuhhandel". Denn entweder liegt eine Straftat vor, dann darf das Ermittlungsverfahren gar nicht eingestellt werden. Oder es liegt keine Straftat vor, dann müssen die Gegenstände wieder zurückgegeben werden. Wenn sie also zurückgegeben wurden, handelt es gar nicht um eine Straftat und die Sachen hätten ohnehin zurückgegeben werden müssen. Die Betroffenen wurden schlicht übertölpelt und haben unnötig auf ihr Eigentum verzichtet.

Das deutsche Rechtsbüro bittet daher um folgendes:

Prüfen sie ob bei einer Herausgabe alle Gegenstände vorhanden sind, die auf dem Übergabeprotokoll vermerkt sind! Prüfen Sie auch deren Zustand!

Lassen Sie sich nicht unter Druck setzen! Nehmen Sie sich die Zeit, eine genaue Prüfung vorzunehmen!

Unterschrieben Sie keine Vereinbarungen bei der Polizei oder Staatsanwaltschaft über die Einziehung von Gegenständen ohne Rücksprache mit einem Rechtsanwalt!

Ein Rechtsanwalt darf immer hinzugezogen werden!

Senden Sie uns Gerichtsentscheidungen zu. Unser Archiv ist immer nur so gut und so aktuell, wie es von den Betroffenen diesbezügliche Nachrichten erhält.

Deutsches Rechtsbüro e.V.
Postfach 400 215
44736 Bochum

www.deutsches-rechtsbuero.de

Kein Umgang mit „rechtsextremen“. Erfolgreiche Beschwerde

Landgericht Frankenthal (Pfalz)
Bahnhofstr. 33
67227 Frankenthal (Pfalz)

In dem Strafvollstreckungsverfahren gegen André M.

erhebe ich namens des Verurteilten gegen Ziff. 6 im dortigen Beschluß vom 04.02.200B insoweit

Beschwerde,

als dem Verurteilten über den untersagten „Kontakt zu verbotenen rechtsextremistischen bzw. rechtsradikalen Organisationen und Gruppierungen hinaus aufgegeben wurde die rechtsextreme Szene tunlichst zu meiden*.

Die beanstandete Auflage verletzt den Bestimmtheitsgrundsatz. Eine derartige Auflage ist nur dann zulässig. wenn die Voraussetzungen der Auflage so konkret umschrieben werden, daß Tragweite und Anwendungsbereich der Auflage zu erkennen sind und sich durch Auslegung mühelos ermitteln lassen (vgl, BVerfGE 75, 341). Die Bezugnahme auf die Ausführungen der Anstalt in angefochtenen Beschluß läßt erahnen, daß dem Verurteilten hier auch die aktive Mitgliedschaft in der NPD untersagt werden soll, wobei den verurteilten sogar der „Bezug“ des Sprachrohrs der NPD, nämlich der „Deutschen Stimme“ untersagt werden soll.

Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Auflage verfassungswidrig ist. Die NPD ist eine zugelassene Partei. In der Bundesrepublik Deutschland darf sich jeder als aktives Hitglied der NPD betätigen. Auch gewährt Art. 5 GG der. Verurteilten das Verfassungsrecht, die „Deutsche Stimme‘ zu beziehen und sogar zu lesen.

Norbert M.
Rechtsanwalt

Ausfertigung

1 Ws 50/06



StVK 70/08
LG Frankenthal (Pfalz)
3085 VRs 55847/04
StA Mainz

Pfälzisches Oberlandesgericht Zweibrücken

Beschluss

In dem Strafvollstreckungsverfahren gegen

André M. geboren am 29. Juli 1982 in Bad Salzungen, zurzeit in Strafhaft in der Justizvollzugsanstalt Frankenthal (Pfalz),

wegen gefährlicher Körperverletzung u.a.
hier: Führungsaufsicht

hat der 1. Strafsenat des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken
durch den Vorsitzenden Richter am Oberlandesgericht Pelry. den Richter am Oberlandesgericht Maurer und den Richter am Amtsgericht Schubert

am 20. Februar 2008
beschlossen:

1. Auf die Beschwerde des Verurteilten wird die Weisung in Ziff. 6 Satz 2 des Beschlusses der Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Frankenthal (Pfalz) vom 4. Februar 2008 die rechtsextreme Szene hat er tunlichst zu meiden' aufgehoben.

2. Die Kosten des Beschwerdeverfahrens und die dem Verurteilten darin entstandenen notwendigen Auslagen trägt die Landeskasse.

Gründe:

Die Strafvollstreckungskammer hat gemäß § 68f StGB angeordnet, dass die Führungsaufsicht nach vollständiger Verbüßung der Gesamtfreiheitsstrafe des Verurteilten nicht entfällt. Bei dem Rechtsmittel des Verurteilten, das sich ausschließlich gegen die im Tenor genannte Weisung richtet. Handelt es sich um die einfache (nicht sofortige) Beschwerde, die gemäß §§ 463 Abs. 2. 453 Abs 2 StPO statthaft ist und lediglich die eingeschränkte Überprüfung auf Gesetzwid-

rigkeit der getroffenen Anordnung erlaubt. Die Strafvollstreckungskammer hat der Beschwerde nicht abgeholfen.

II.

Die Beschwerde ist zulässig und auch in der Sache begründet.
Die Generalstaatsanwaltschaft hat dazu u.a. wie folgt Stellung genommen:

Diese angefochtene Formulierung ist im doppelten Sinne unbestimmt Bereits der Wortlaut .tunlichst‘ eröffnet für den Verurteilten einen Auslegungsspielraum, der geeignet ist, die wirkungsvolle Überwachung der Einhaltung der Weisung zu vereiteln. Dies liegt darin begründet, dass unter „tunlichst‘ zu verstehen ist, dass der Verurteilte nach Möglichkeit der Weisung nachkommen soll. Das Landgericht - Strafvollstreckungskammer - Frankenthal (Pfalz) lässt insoweit jedoch offen, welche Kriterien dafür gelten sollen, ob dem Verurteilten eine Kontaktaufnahme erlaubt sein soll oder nicht. Darüber hinaus widerspricht die Formulierung „rechtsextreme Szene“ dem verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatz als Ausprägung des Rechtsstaatsprinzips (OLG Jena NStZ 2006, 39, 40). Das Gericht hat nämlich Weisungen so bestimmt zu formulieren, dass Verstöße einwandfrei festgestellt werden können. Die Weisung, nicht mit Personen aus der rechtsextremen Szene“ zu verkehren, ist in soweit nicht ausreichend bestimmt. Es handelt sich bei der „rechtsextremen Szene“ um keine bestimmte Gruppe im Sinne des § 68b Abs. 1 Nr. 3 StGB.

Zur näheren Eingrenzung wäre es vielmehr nötig gewesen, dass das Gericht einzelne Personen oder Organisationen benannt hätte, auf die sich das ausgesprochene Verbot bezieht, um die Überwachung der Weisung auch zu ermöglichen (OLG Jena a.a.O.).

Diesen zutreffenden Ausführungen schließt sich der Senat an. Die beanstandete Weisung ist daher aufzuheben. Für eine Konkretisierung der Weisung durch den Senat ist kein Raum, weil das Beschwerdegericht insoweit kein eigenes Ermessen an die Stelle desjenigen der Strafvollstreckungskammer setzen darf.

Petry Maurer Schubert

Bruch eines Tabus: Fremde und Kriminalität

Wer ein bisschen Ahnung hat von der Arbeitsweise der Presse, kann getrost davon ausgehen, daß die jüngste Kampagne gegen Ausländerkriminalität geplant und abgesprochen war - zwischen der Bild-Zeitung und dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch.

Das taktische Kalkül mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen ändert freilich nichts daran, daß Koch

das Verdienst zukommt, ein besonders zähes Tabu der deutschen Politik gebrochen zu haben - das Tabu, wonach es nicht statthaft sei, offen über Jugendkriminalität unter Ausländern zu sprechen.

Es stimmt zwar, daß Koch, der seit 1999 an Macht ist, selbst mehr hätte tun können. Denn Polizei, Justiz und Strafvollzug sind Ländersache, nicht aber das Strafrecht. Koch hätte mehr Gefängnisse bauen und mehr Polizisten einstellen können, aber schon gegenüber den oft laxen Richtern war er machtlos. Und daß kriminelle Ausländer äußerst schwer abgeschoben werden können, ist Koch auch nicht anzulasten. Ebenfalls unschuldig ist er an den Mißständen der doppelten Staatsangehörigkeit („Doppelpaß"), die auf einen Kompromiß der Bundestagsparteien aus dem Jahre 2000 zurückgeht.
Daß der Spielraum der Bundesländer begrenzt ist, mußte auch Bayern erfahren.

Als der berüchtigte Serientäter Mehmet von der bayerischen Justiz ausgewiesen wurde, war es das Bundesverwaltungsgericht, das die Ausweisung wieder aufhob. „Das hat den zuständigen Behörden und Gerichten den Mut genommen, gegen solche Typen vorzugehen", sagte kürzlich Peter Gauweiler (CSU) in einem Interview.
Und als Serkam A., ein türkischer Staatsangehöriger, am 20. Dezember zusammen mit einem 17jährigen Griechen einen deutschen Rentner im Münchener U-Bahnhof Arabellapark fast totschlug, stellte sich heraus, daß der Täter einen sogenannten ARB-Status genießt (vergleichbar mit dem von EU-Bürgern) und deswegen nur äußerst schwer ausgewiesen werden kann.

Dazu müßten die Bestimmungen zum Ausweisungsschutz in § 56 des Aufenthaltsgesetzes erst einmal geändert werden - mal sehen, ob die Politiker dies können und wollen, zumal EU-Recht bzw. das Assoziierungsabkommen mit der Türkei tangiert sind.

In Deutschland ist die Bereitschaft, sich vorurteilslos mit einem Thema zu befassen, das schon in den 90er Jahren im Deutschland Brief behandelt wurde, immer noch unterentwickelt. Dazu paßt auch die Idee, die Täter nicht zu bestrafen, sondern in Erziehungscamps zu besseren Menschen zu machen. Das mag gut gemeint sein, ist aber in größerem Umfang nicht finanzierbar bei Tagessätzen von mehr als 200 Euro pro Kopf, die in den jetzt schon bestehenden Besserungsanstalten anfallen. Mit dem Geld mehr Polizisten einzustellen und vor allem auf die Straße zu schicken, wäre sinnvoller. Daß es gute und böse, fleißige und faule, intelligente und dumme Menschen gibt - daran wird sich nie etwas ändern.

Es fehlt die Einsicht, daß das Projekt Multikulti kläglich gescheitert ist. Die deutsche Einwanderungspolitik war falsch, weil sie Sozialfälle anlockte, nicht aber Qualifizierte. Die daraus entstandenen gesellschaftlichen und finanziellen Kosten müssen enorm sein, sie wurden nur nie aufgeschlüsselt. Dazu kam die seltsame Vorstellung, die Deutschen müßten sich um die Integration der Ausländer kümmern, nicht so sehr die Ausländer

selbst. Oft sind nicht einmal die Kriminalstatistiken wirklich transparent. Man spürt die Absicht der Behörden, zu verschleiern.

Noch in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PSK) für das Jahr 1998 waren die Tatverdächtigen relativ übersichtlich nach Altersgruppe und Staatsangehörigkeit (Deutsche/Nichtdeutsche) aufgeführt. Aber schon damals wurde umgehend hinzugefügt, daß die Kriminalitätsbelastung der Deutschen und Nichtdeutschen wegen unterschiedlicher Alters- und Sozialstrukturen „nicht vergleichbar“ sei. Warum denn nicht? Die Angst, die sich in manchen Großstädten breit macht, resultiert aus der absoluten Zahl der Taten. Mit dem Trost, daß verschiedene Tätergruppen „nicht vergleichbar“‘ seien, kann das Opfer wenig anfangen. Und daß Vergleiche tatsächlich sehr aufschlußreich sein können, werden wir später sehen.

Konsultiert man die jüngste Polizeiliche Kriminalstatistik, nämlich die für 2006, dann ist das Bild erst recht unvollständig. Es fehlen die Tabellen, in denen einzelne Straftaten nach Alter und Staatsangehörigkeit und in absoluten Zahlen aufgeschlüsselt werden.
Immerhin finden sich in der PKS Prozentsätze.
Danach war 2006 „immer noch ein hoher Anteil nicht deutscher Tatverdächtiger“ bei folgenden Straftaten festzustellen:

Fälschung von Zahlungskarten	66,8%
Taschendiebstahl	54 %
Gewerbsmäßige Bandenhehlerei	45,5%
Illegaler Handel/Schmuggel mit Kokain	48,3%
Geld- und Wertzeichenfälschung	39,2%
Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung	56,4%

Dies bei einem ausländischen Bevölkerungsanteil von offiziell nur 8,8%! Aber was heißt schon: Ausländer? Der Begriff ist einerseits juristisch eindeutig, andererseits nicht ausreichend für eine saubere Analyse des Problems. Kern vernünftiger Mensch stört sich daran, daß Spanier oder Franzosen oder andere, die sich an die Gesetze halten, in Deutschland leben. Es sind nur wenige Nationalitäten, die in der Kriminalstatistik auffällig werden. Und wenn man die Gewaltkriminalität herausfiltert, bleiben hauptsächlich Täter mit muslimischem Hintergrund übrig - Türken, Kurden, Araber. Vielleicht wäre es sinnvoll, von „Fremden“ statt von „Ausländern“ zu sprechen.

Völlig korrekt wird auf Seite 9 der PSK 2006 bemerkt: „Die seit langem in Deutschland lebenden und beruflich integrierten Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit verhalten sich meist strafrechtlich unauffällig.“
Ganz anders die Gruppe der Asylbewerber - hier vermerkt die Statistik eine auffallende Neigung zu Ladendiebstählen, Rohheitsdelikten wie Körperverletzung und zum Schmuggel von Heroin und Kokain.

Auch die Untergruppe der ausländischen Jugendlichen kommt in der Statistik schlecht weg. Bei den Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit, bei Körperverletzungsdelikten und bei der Gewaltkriminalität wiesen nichtdeutsche

jugendliche Tatverdächtige „weitaus höhere Anteile als deutsche jugendliche Tatverdächtige“ auf.

Alarmierend: In den letzten zehn Jahren ist die Gewaltkriminalität insgesamt um 15,6% gestiegen, die gefährliche und schwere Körperverletzung sogar um 42 %.

Unterschlagen wird meist, daß der ...“ausländische“ Anteil noch höher wäre, hätten die Behörden nicht en masse eingebürgert und großzügig „doppelte Passe“ verteilt, wobei bei doppelter Staatsbürgerschaft die Straftat der deutschen Bevölkerung zugerechnet wird.

Das Thema „Doppelpaß“ ist ein Paradebeispiel für die Raffinesse und Verlogenheit, mit der die Linksparteien ans Werk gingen, um neue Mehrheiten in Deutschland zu schaffen.

Nachdem Roland Koch 1999 im damaligen Wahlkampf die ursprünglichen Pläne der Regierungskoalition durchkreuzt hatte, kam 2000 der bereits erwähnte Kompromiß zustande Seitdem bekommt einen deutschen Paß, wer am 1. Januar 2000 jünger als zehn Jahre war und wer ab 2000 geboren wurde - vorausgesetzt, ein Eltern teil lebt seit acht Jahren rechtmäßig in Deutschland.

Ebenfalls 2000 wurde vereinbart, daß sich die Doppelstaatler nach Vollendung des 18. Lebensjahres entscheiden müssen, ob sie den deutschen Paß behalten wollen, und daß sie spätestens bei Vollendung des 23. Lebensjahres nachweisen müssen, daß sie die ausländische Staatsangehörigkeit aufgegeben haben - sofern sie den deutschen Paß behalten wollen. Betroffen von diesem sogenannten Optionsmodell sind bis 2025 nach jetzigem Stand 330 000 Personen.

Man ahnt schon, wie das in der Praxis aussehen wird: viele werden nicht reagieren und einfach beide Pässe behalten. Daß der Kompromiß von 2000 - trotz gegenteiliger Beteuerungen - von den Linksparteien als Hintertür zur Mehrstaatigkeit gedacht war, steht außer Zweifel.
Warum sonst hat die rot-grüne Bundesregierung im Dezember 2001 das Übereinkommen des Europarates zur Vermeidung von Mehrstaatigkeit gekündigt?

Deutschland hat sich ein Monster-Problem geschaffen: gewaltbereite Parallelgesellschaften in den Großstädten. Die Fakten hat Stefan Luft in seinem 2006 erschienenen Standardwerk „Multikulti“ sorgfältig zusammengetragen und mit Quellen belegt.

Zunächst der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger an allen Tatverdächtigen in ausgewählten Großstädten 2005 (in Klammern Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung):

Frankfurt/Main	57.1% (25,7%)
München	40,8% (23.3%)
Stuttgart	39,8% (21.9%)

Es folgt, ebenfalls für 2005, der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger an einzelnen Delikten in Berlin (Ausländeranteil 13,9%) laut Polizeiliche Kriminalstatistik 2005 Berlin:

Mord	43.8%

Totschlag	42,5%
Vergewaltigung	38,5%
Raubüberfälle in Wohnungen	27,7%
Gefährliche/schwere Körperverletzung auf Straßen, Wegen oder Plätzen	31,6%
Taschendiebstahl	69,1%
Diebstahl aus KFZ	57,6%
Geschäftseinbruch	50,9%
Urkundenfälschung	45,7%
Sonstiger Sozialleistungsbetrug	51,8%

Daß ausländische Jugendliche häufiger kriminell werden als deutsche, wurde jahrelang mit Hilfe der Kampagne gegen angebliche „Ausländerfeindlichkeit" verdrängt. Statistiken, die exakte Vergleiche ermöglichen, existieren unseres Wissens nicht auf Bundesebene, wohl aber für Berlin.

In der Hauptstadt sind nichtdeutsche männliche Jugendliche weitaus häufiger kriminell als deutsche:

2mal so oft bei Straßenkriminalität
3,1-mal so oft bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung
3,6mal so oft bei Straßenraub
7,5mal so oft bei Vergewaltigung.
Die Angaben stammen aus der Berliner PKS für 2005. Addiert man Täter mit deutschem Paß, aber ausländischer Herkunft, dann sind die Resultate noch gravierender.

Dann stellt sich heraus, daß 80% der Serientäter in Berlin einen Migrationshintergrund haben.

Roman Reusch (der Berliner Oberstaatsanwalt, der am 9.1. nicht bei Frank Plasberg im Fernsehen auftreten durfte) hatte schon 2006 eine „völlig fehlende Unrechts¬einsicht" dieser Tätergruppe beklagt und kommentiert:

„Es gibt nur eine einzige Maßnahme, die sie wirklich beeindrucken könnte, nämlich die Haft."

Vom harten Eingreifen aber hält Rotgrün nicht viel. Dahinter verbirgt sich die Ideologie einer „modernen Vielvölkerrepublik ohne hegemoniale Mehrheit" (Claus Leggewie) und die Diffamierung des deutschen Volkes als „nationalistisches Konstrukt" (Christoph Butterwegge).

Immerhin: über die Gewalt gewisser ausländischer Transfer-Empfänger (sie kassieren und schlagen zu) wird jetzt endlich gesprochen.

Wird auch durchgegriffen?

Das ist zu bezweifeln. Die Gefahr ist real, daß die Großstädte mit der Zeit unsicher werden und daß das alteingesessene Bürgertum in die Vororte und auf das Land ausweicht. Ohnehin beginnt der Mittelstand zu resignieren. Eine zunehmende Zahl von hochqualifizierten Deutschen stimmt bereits mit den Füßen ab. 2005 sind fast 150 000 ausgewandert, mehr als jemals seit den 50er Jahren - ein Verlust, der durch den Zuzug meist mittelloser Migranten ohne Ausbildung inzwischen nicht einmal mehr kompensiert wird.

Und da behauptet die SPD in ihrem neuen Programm, Deutschland sei zu einem Einwanderungsland geworden. Ja, zu was für einem.

(Siehe auch: Stefan Luft, Abschied von Multikulti -Wege aus der Integrationskrise, Resch, Gräfelfing, 2006.)

Quelle.: DeutschlandBrief Januar 08

05.04.2008 Kreis Aachen: Nationalist nach NPD Stammtisch ermordet

In der Nacht von Freitag auf Samstag kam es in Stolberg zu einem Übergriff von Ausländern auf junge NPD Aktivisten/Interessenten, bei dem nach bisherigen Informationen ein 19 jähriger NPD-Interessent getötet wurde.

Die Polizei Dienststelle in Aachen teilte auf Anfrage mit, dass es um kurz vor Mitternacht zu einem Tötungsdelikt in Stollberg kam, konnte oder wollte einen politischen Hintergrund jedoch nicht bestätigen. Bei dem Opfer handelt es sich um einen 19 jährigen NPD-Interessenten, der gerade das zweite Mal an einer NPD Veranstaltung teilgenommen hat. Auf dem Heimweg wurden das Opfer und ein weiterer NPD-Aktivist von Ausländern mit einem Messer überfallen. Der NPD-Aktivist wurde ebenfalls verletzt, über die Schwere der Verletzung ist bisher nichts bekannt.
Auskunft über kommende Aktionen werden parteifreie Kräfte, sowie die NPD Aachen erteilen können.

info@ag-rheinland.net oder
info@npd-aachen.de

Junger Mann bei Messersteicherei in Stolberg getötet

Stolberg - 05.04.2008 - 09:14 - Am gestrigen Abend, gegen 23:00 Uhr kam es in der Stolberger Innenstadt zu Streitigkeiten zwischen zwei Personengruppen.
Im Verlaufe dieser Auseinandersetzungen wurde ein 19 – jähriger Mann aus Stolberg niedergestochen. Der junge Mann erlag wenig später im Krankenhaus seinen Verletzungen. Eine eingeleitete Fahndung der Polizei verlief bisher erfolglos.Die Staatsanwaltschaftund und die Kriminalpolizei haben die Ermittlungen übernommen.

Zeugen, die sachdienliche Hinweise geben können, melden sich bitte unter der Telefonnummer 0241-9577-34250

Quelle: http://www1.polizei-nrw.de/presseportal/behoerden/alle-behoerden/article/meldung-080405-091337-17-386.html

77 Monate Haft für Wolfgang Fröhlich

Am 14. Januar 2008 wurde Wolfgang Fröhlich (Ex-FPÖ-Bezirksrat in Wien) wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung nach dem Paragraphen § 3h Verbotsgesetz und dem Leugnen des Holocaust im Wiener Straflandesgericht zu insgesamt sechs Jahren und fünf Monaten Haft verurteilt.

Zitat (APA, red): „Fröhlich hatte 2007 ein Volksbegehren zur Abschaffung des Verbotsgesetzes mit Briefen an Hunderte Personen in die Wege leiten wollen. Etwa in einem Brief an die Bischofskonferenz wetterte er gegen die „satanische Lüge vom Massenmord" und leugnete den Holocaust" Zitat Ende.

Während der Urteilsverkündung durch Richterin Martina Spreitzer-Kropiunik brach der Angeklagte zusammen, konnte sich aber nach medizinischer Betreuung wieder einigermaßen sammeln und den Gerichtssaal vorzeitig verlassen.

Dieses „Verbrechen" führte zu seiner neuerlichen Verhaftung, während seiner Bewährungszeit, im August 2007.

Ein Tag, den man im Grund nicht will
Das ist der 20. April.
Weil da in hellen braunen Stuben
Geburtstag feiern hübsche Buben
vom - ach man weiß es nur zugut –
Und wer's nicht weiß, sei auf der Hut.
Verbieten sollt man diesen Tag
Dann wär's vorbei mit einem Schlag.
Und wollt ihr's nicht, dann läg es nah:
Gebt ihm die Nummer 19 A!

Sie sind bei uns, wenn sie gegangen,
sie halten fester uns umfangen.
Vertrauter wird uns ihr Gesicht.
Kameraden sterben nicht!

Abschied nehmen wir von
unseren schlesischen

Getreuen und Kameraden
Josef Werner

ᛉ14.10.1919 – ᛣ12.03.2008

SCHWARZE LISTE

Anders Klaus Peter
Benacke Marko
Braun Sarah
Bettino Alessandro
Bindwurm Barbara
Beerwerth Michael
Bloch Heiko
Brussig Mathias
Brück Carsten
Brosende Ronny Marcel
Bär Tobias
Brandt Karsten,
Beiser Volker
Bühlig Dennis
Czaja Julia
Engelbrecht Martin
Erdmann Susanne
Fürstenberg Daniel
Gindler Steffen
Gerlach Thomas
Grewe Katrin
Gersch Dominik
Glaser Sebastian
Gottwald Klaus
Greeb Christian
Hansen Andreas
Hoffmann Michael
Heil Sebastian
Henning Jan Christian
Heidemann Heiko
Hartlehnert Detlef
Johanssen Nicole
Kasube Andre´
Krause Heiko
Krüger Alexander
Kuhl Stefanie
Lange Bianca
Lennig Timo
Lehmann Gunar
Marcher Germana Ingeborg
März Jens
Michaelis Marcel
Modrzejewski Patrick
Milch Jörg
Markgraf Tobias
Propp Sascha
Pförtner Alexis
Raddatz Karl Werner
Reinholz Gordon
Rothe Andreas
Rüstenberger Markus
Seiler Robert
Sander Lars
Scherf Jonas
Schladitz Annett
Seibert Sven
Scharfenort Ronny
Seifert Joachim
Simon Mark
Söder Sascha
Sokoll Dirk
Steinkraus Sebastian
Stolle Pascal
Schiffer Benjamin
Schultz Matthias
Stöckel Jan
Teichmann Lars
Tom Sebastian
Toplatz Nadine
Wagner Stefan
Weidenauer Andre
Wehrstedt Riccardo
Wessels Markus
Wenzel Alexander
Zerbe Daniel
Zeinoff Fabian
Zwarg Andre



WICHTIGER HINWEIS:

Bei Geldspenden an Kameraden immer erst mit diesen Rücksprache halten!
Niemals einfach an die Haftanstalten überweisen.
Das Geld könnte in die falschen Hände geraten!



UNBEDINGT BEACHTEN!
Neue Wohn- oder Postanschrift bitte sofort dem HNG Vorstand mitteilen! Solltet Ihr einmal keine Post von uns erhalten so gebt uns bitte umgehend bescheid.

Es gelten folgende Beitragssätze für Mitglieder der HNG:

ermäßigter Monatsbeitrag für sozial Schwache wie Arbeitslose, Lehrlinge, Umschüler etc.	**4,- Euro**
für Normalverdiener,	**7,- Euro**

Danke!
...sagt der Vorstand der HNG
allen Kameradinnen und Kameraden,
insbesondere
N. Kl. – H. Neu. - G. Sch. – K. Pola. – St. Wieg. – H. Prad. – Freundeskreis BT – P. u. N. Böh. – Dr. J. F. Jac. – Ma. Eber. – M. Schwa. –Wer. Mehl. – Kl. Han. - U. Schäf. – St. Lig. – M. Eberh. – für ihre Geld- und Sachspenden, mit denen Sie die Gefangenenhilfe unterstützt haben.

DAS KETZERBREVIER

An Dürers Reiter

Die Hand am Helmrand! – Kamerad,
Ich grüß dich durch die Zeiten!
Noch kreist wie eh das Weltenrad,
Weist mir wie dir den selben Pfad; -
Du einst – ich heut – Wir reiten!

Zieh du voran ins Morgenrot,
Ich folge deinen Spuren.
Noch hockt am Weg in Staub und Kot
Der selbe graue starre Tod
In ausgebrannten Fluren.

Voraus als Ziel das selbe Licht
Umlodert unsre Rosse.
Laß wuchern rings, was morscht und bricht;
Der Teufel reckt sein Schweinsgesicht
Noch aus der selben Gosse.

Reit, Bruder, reit und sporn dein Pferd,
Laß Tod und Teufel schmähen!
Die Faust am Zügel und am Schwert,
Das Herz im Harnisch hart bewehrt,
So werden wir bestehen.

Greif aus, greif aus in Raum und Zeit,
Du silberheller Reiter!
Es folgen dir in Ewigkeit,
Zum Dienst an Licht und Schwert geweiht,
Viel tausend heilige Streiter.

(Walter Berger)

